

Erklärung von Karl Carstens (15. Januar 1962)

Legende: Am 15. Januar 1962 gibt der deutsche Staatssekretär Karl Carstens in Bonn eine Erklärung ab zu den Brüsseler Verhandlungen über den Übergang in die zweite Phase des Gemeinsamen Marktes.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 17.01.1962, Nr. 11. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_karl_carstens_15_januar_1962-de-3eaf61f-cf48-4a19-9313-a830d8c7c58f.html

Publication date: 22/10/2012

Die Entscheidung von Brüssel

In weltpolitischer und europäischer Sicht - Schaffung einer politischen Union

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, ist in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag in Brüssel der Beschluß gefaßt worden, in die zweite Phase des Gemeinsamen Markts überzugehen. Gleichzeitig ist eine große Zahl von Verordnungen verabschiedet worden, die die Grundlage der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bilden. Diese beiden Ereignisse stellen an und für sich schon in der EWG für die Erreichung der Ziele, die mit den Römischen Verträgen verfolgt wurden, sehr bedeutungsvolle Marksteine dar. Sicher wird nunmehr in einer zunehmenden Tendenz die Herstellung des einheitlichen Wirtschaftsraums, die Verschmelzung der sechs Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten zu einer einheitlichen Volkswirtschaft ihren Lauf nehmen. Die Zölle sind seit dem 1. Januar 1962 um 40 v. H. gegenüber den Ausgangszöllen gesenkt, d. h. die Zölle im Binnenhandel im Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten. Für eine Reihe von Beschlüssen wird auf Grund des Übergangs in die zweite Phase künftig statt der Einstimmigkeit nur noch die qualifizierte Mehrheit erforderlich sein - kurzum für die Erreichung der Ziele der Verträge von Rom stellt dieses Ereignis ohne Zweifel einen ungewöhnlich bedeutungsvollen Punkt dar.

Aber ich glaube, noch wichtiger ist die Bedeutung dieser Beschlüsse im Hinblick auf die weltpolitische Lage im allgemeinen. In der weltweiten Auseinandersetzung zwischen der freien Welt und dem Kommunismus spielt die Stärkung Europas eine zentrale Rolle. Wenn es uns gelingt, Europa zu einigen, dann entsteht hier ein neues Kraftfeld, das dem Vordringen des expansiven Kommunismus einen Widerstand entgegenzusetzen geeignet ist. Der Zusammenschluß dieser europäischen Völker zeigt zugleich, daß selbst in den alten Nationen noch eine ganz erhebliche Kraft wohnt, und diese Kraft manifestiert sich in dem Willen, dieses Einigungswerk trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse fortzusetzen.

Schließlich widerlegt dieser Prozeß, der jetzt mit weiterer Beschleunigung vorangehen wird, die immer wiederholte These von dem Zerfall der kapitalistischen Welt und von der hoffnungslosen gegenseitigen Verfeindung der verschiedenen Kräfte in den einzelnen Ländern des freien Europa. Und letzten Endes ist es ja unverkennbar, daß die Einigung, die sich in Europa vollzieht, insbesondere die Einigung auf wirtschaftlichem Gebiet, ein Vorbild abgibt für ähnliche Bestrebungen in anderen Teilen der Welt. Sie kennen selbst Versuche in Südamerika und in Teilen Afrikas, bestimmte Staatengruppen zu wirtschaftlichen Einheiten zusammenzufassen. Alles das ist inspiriert und ausgelöst worden durch die Entwicklung, die sich hier in Europa abgezeichnet hat.

Zum zweiten sehe ich die politische Bedeutung dieses Ereignisses darin, daß nach meiner Überzeugung durch die Tatsache des vollzogenen Übergangs in die zweite Etappe die bevorstehenden Verhandlungen mit Großbritannien über den Beitritt Großbritanniens zur EWG erleichtert haben. Die Tendenzen, die in Großbritannien seit längerer Zeit zu dieser europäischen Gemeinschaft hinstreben, werden durch dieses Ereignis - davon bin ich überzeugt - einen neuen bedeutenden Auftrieb erhalten. Auch in Amerika wird der Erfolg positiv sein. Sie kennen die großartigen Pläne, die Präsident Kennedy in seiner jüngsten Botschaft an den amerikanischen Kongreß entwickelt hat. Ihre Verwirklichung beruht darauf, daß im europäischen Bereich Fortschritte gemacht werden.

Letzten Endes bin ich davon überzeugt, daß auch innerhalb des engeren europäischen Kreises diese in Brüssel gefaßten Beschlüsse ihre Wirkung zeitigen werden. Sie wissen, daß seit einigen Monaten eine sogenannte Studienkommission der sechs Partnerstaaten der EWG damit beschäftigt ist, ein europäisches politisches Statut auszuarbeiten, dessen Ziel die Schaffung einer europäischen politischen Union sein soll. Ich bin überzeugt, daß die Ergebnisse der letzten Brüsseler Sitzung auch diesen Arbeiten Auftrieb geben werden. Denn das eine ist unbestreitbar richtig - es ist oft gesagt worden, aber ich glaube, es ist wert, es noch einmal besonders zu unterstreichen -: In dem Maße, wie der wirtschaftliche Integrationsprozeß fortschreitet, entsteht ein Zwang auch zum politischen Zusammengehen. Auf dem Gebiet der Handelspolitik ist das evident. Wenn eine gemeinsame Handelspolitik betrieben werden soll, so kann das nur geschehen auf der Grundlage einer gemeinsamen Außenpolitik. Insofern wird also dieser zunächst im Wirtschaftlichen liegende Erfolg, der in Brüssel erzielt wurde, ausstrahlen in verschiedensten Richtungen in den eigentlichen

politischen Bereich hinein, und zwar sowohl im weltweiten wie im engeren europäischen Rahmen.